



UNHCR

United Nations High Commissioner for Refugees
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

**Der Hohe Flüchtlingskommissär der Vereinten Nationen
Vertretung in Österreich**

Wagramer Straße 5
P.O. Box 550
A-1400 Wien

Tel.: +43 1 26060-4048
Fax: +43 1 2634115
Email: sabourin@unhcr.ch
Internet: www.unhcr.at

Ref. 104/03

An
alle Mitglieder des
parlamentarischen Innenausschusses
sowie die Klubobleute
aller Parlamentsparteien

Wien, 13. Oktober 2003

Offener Brief zu Asyl: Neuerungsverbot – ein Alleingang in der EU

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie UNHCR bereits am 23. September 2003 beim Hearing zur Asylgesetznovelle im Ausschuss für innere Angelegenheiten festgehalten hat, bestehen sehr große Bedenken gegen das in Österreich geplante Neuerungsverbot im Asylverfahren. Da das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR trotz vieler Warnungen verschiedener Experten beim Hearing betreffend die Rechtmäßigkeit und Praktikabilität des Neuerungsverbots keinerlei Hinweise auf Entfall dieser Bestimmung im Gesetzgebungsprozess hat, erlauben wir uns, mit diesem offenen Brief nochmals auf die erheblichen Konsequenzen hinzuweisen, die ein Neuerungsverbot gemäß der jetzigen Fassung der Asylgesetznovelle mit sich bringen kann.

Die Einführung des Neuerungsverbots kann den Schutz von Flüchtlingen erheblich gefährden, da es zur Abschiebung von Flüchtlingen in ihre Verfolgerstaaten führen kann. Dies stellt die schwerst mögliche Verletzung der Genfer Flüchtlingskonvention dar, zu deren Einhaltung sich Österreich stets bekannt hat. Davon können besonders Frauen betroffen sein, die geschlechtsspezifische Verfolgung erlitten haben, über die sie aus persönlichen oder kulturell begründeten Umständen nicht sofort sprechen können.

Das in § 32 (1) der Asylgesetznovelle geplante Neuerungsverbot wäre in EU-Europa einzigartig! Es wäre ein bedenklicher Alleingang.

UNHCR hat die Gesetzeslage in allen EU-Ländern sowie in Norwegen und in der Schweiz analysiert: Ein Neuerungsverbot in der von Österreich vorgesehenen Schärfe ist in keinem dieser Länder gesetzlich verankert.

Lediglich Deutschland und die Niederlande haben einschlägige Bestimmungen eingeführt. Demnach kann ein neues Vorbringen des Asylsuchenden im Berufungsverfahren im Einzelfall unberücksichtigt bleiben, wenn dieses einer Verfahrensverzögerung dient. Es ist jedoch ausdrücklich zu betonen, dass sowohl in Deutschland als auch in den Niederlanden die Entscheidung darüber, ob das neue Vorbringen „verfahrensverzögernd“ und somit nicht zu werten ist, von der Berufungsbehörde getroffen werden muss. In Deutschland sind von dieser Regelung zudem ausschließlich so genannte Schnellverfahren betroffen.

Auch der derzeit in Verhandlung stehende Vorschlag für eine EU-Richtlinie für Asylverfahren sieht kein Neuerungsverbot vor¹.

Flüchtlinge sollten auch in Zukunft in Österreich Schutz vor Verfolgung finden können. Es liegt in Ihrer Hand, Menschen zu retten oder sie zu gefährden. Streichen Sie daher bitte das Neuerungsverbot aus dem Entwurf!

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gottfried Köfner
Vertreter des UNHCR in Österreich

¹ Im Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission über Mindestnormen für Asylverfahren heißt es vielmehr: „Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der wirksame Rechtsbehelf nach Absatz 1 die Möglichkeit der Prüfung sowohl der Tatsachen- als auch der Rechtsfragen beinhaltet.“ (vgl. Artikel 38 (2)).